

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

278 (7.10.1919) Erstes Blatt

Zeitungspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 1.90 M.
vierteljährlich 5.70 M., an
den Versandstellen abgeholt
monatlich 1.80 M.
Auswärts am Postalter
abgeholt 5.40 M., viertel-
jährlich durch den Post-
träger frei ins Haus ge-
bracht 6.45 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Hinterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die Ogel. Nonpareil-Geselle
oder deren Raum 30 Pf.
Reklameseite 1.25 M., an
erster Stelle 1.50 M.
Auf diese Stelle
30% Zenerungsgünstig.
Abart nach Zeit.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen spätenfalls
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortlicher:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Berlin W. 297.
Schriftleitung Nr. 204, 804

Gedredakteur: Gustav Neppert; verantwortlich für Politik: Martin Goldinger; für Baden, Volkes und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für den Osten: Carl Gellmer; für Informatik Paul Kusmann.
Druck und Verlag: C. W. Müller'sche Verlagsbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weirich, Friedenau, Friedstraße 65/66. Telephon-Amt Umland 2902. Für unverlangte
Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 278.

Dienstag, den 7. Oktober 1919

Erstes Blatt.

Der Eintritt der Demokraten in die Regierung.

Von Freiherrn v. Nitzschofen, M. d. R.

Am Dienstag wird Reichsfinanzminister Bauer in der Nationalversammlung über die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches sprechen. Er wird hierbei Gelegenheit nehmen, sein neues Kabinett dem Parlament vorzustellen und die Gründe darzulegen, die für einen Wiedereintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die Reichsregierung bestimmend gewesen sind. Die Männer, die zu neuen Mitgliedern im Reichsministerium ernannt worden sind, haben in der Partei und über sie hinaus einen guten Namen. Der neue Reichsfinanzminister Schuler, der zu gleicher Zeit das Amt des Stellvertreters des Reichsfinanzministers inne hat, gilt mit Recht als ein vorzüglicher Jurist. Aus seinen reichen Erfahrungen heraus wird er gewiß die große Aufgabe zu bewältigen vermögen, die ihm in der bevorstehenden Reform unserer gesamten Straf- und Zivilgesetzgebung erwächst. Eine Aufgabe, die die notwendige Ergänzung zu dem Werke der Weimarer Verfassung bildet, und deren Inangriffnahme längeren Aufschub nicht mehr duldet. Auch mit dem bisherigen Oberbürgermeister von Kassel, Koch, zieht ein Sachverständiger ersten Ranges in das Reichsministerium des Innern ein. Und die Demokratische Partei hat auf diese Weise deutlich gezeigt, wie ernst es ihr mit der Erfüllung der Forderung ist, daß im parlamentarischen Staate die politische Verantwortung nicht nur auf die Regierung beschränkt werden solle, daß aber nach wie vor eine wirkliche Sachleitung die Voraussetzung für jede Ernennung sein muß.

Außer den Ministern der Justiz und des Innern wird noch ein Mitglied der Demokratischen Partei an die Spitze des neuen Ministeriums für die wirtschaftliche Durchführung des Friedensvertrages berufen werden. Wenn diese Stellen im Druck erscheinen, dürfte dies vielleicht schon geschehen sein. Neben der Notwendigkeit dieses neuen Ministeriums werden die Meinungen zweifellos auseinandergehen. Daß für die Entscheidung der Angelegenheit die Meinungen zweifellos auseinandergehen, ist an sich gewiß in hohem Maße wünschenswert. Die Verhältnisse liegen hier außerordentlich schwierig und für die durch den Ausgang des Krieges so schwer im Wirtschaflichen gezeichneten deutschen Wirtschaften des Auslandes war bisher in völlig unzureichender Weise gesorgt. Der neue Minister sieht hier gewiß vor einer dankbaren Aufgabe. Das gleiche gilt von der Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, die uns durch die Bedingungen des Versailler Vertrages und Friedensvertrages entzogen worden ist. Der Wiederaufbau der durch kriegerische Maßnahmen zerstörten fremden Gebiete ist aber eigentlich eine Angelegenheit der auswärtigen Politik. Dem deutschen Reich hat das lebhafteste Interesse daran, streng darauf zu halten, daß alles, was mit der Durchführung des Friedensvertrages zu tun hat und nur durch anhaltende unmittelbare Verhandlungen mit den früher feindlichen Regierungen zu regeln ist, deutsch in das Bereich der auswärtigen Politik verbleibt. In dem Friedensvertrag liegt eine große Gefahr für die Aufrechterhaltung der Souveränität des deutschen Staates, daß wir jede Möglichkeit einer Einmischung des Auslandes in unsere inneren Verhältnisse soweit wie möglich ausschließen müssen. Das neue zu bildende Ministerium wird daher praktisch einen Teil jener Geschäfte zu erledigen haben, die an sich dem Ministerium des Auswärtigen zufallen müssen, und es wird daher nur im engsten Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geleitet werden können. Der außerordentliche Umfang der von dem Ministerium des Auswärtigen zu bearbeitenden Angelegenheiten rechtfertigt aber bereits diese Trennung. Daß noch nicht mit der Sonderheit fest steht, welches Verfahren die französische Regierung bei dem Wiederaufbau einzuschlagen gedenkt, so läßt sich auch über die eigentliche Richtung des neuen Ministeriums noch nichts Bestimmtes sagen. Es ist möglich, daß ihm die gewaltige Aufgabe zufällt, die Massen deutscher Arbeiter, die die Wiederherstellungswörter zu leisten haben, anzustellen, zu überarbeiten und im fremden Lande zu schützen; es ist aber auch denkbar, daß seine Leistungen auf Materialbeschaffung und sonstige Verordnungen an die deutsche Industrie beschränkt bleiben.

Der Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung war eine nationale und damit politische Notwendigkeit. Die Lage unseres Vaterlandes erfordert eine Konzentration zum mindesten aller jener Kräfte, die an der Schaffung des neuen deutschen Staates mitgearbeitet haben und ihn nach innen wie außen zu verteidigen bereit sind und damit zu vertreten bereit sind. Als die Deutsche Demokratische Partei aus der Regierung ausstieg, waren es keine Fragen programmatischer Bedeutung, die hierzu die Veranlassung gaben. Die Mehrheit der demokratischen Fraktion konnte sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht verstehen und glaubte hierzu nicht. Es kann dahingestellt bleiben, ob dies nicht auf die beispiellose Besonnenheit der Friedensfrage hinweist, die der Reichstag leisten können. Unsere ganz innerpolitische Lage an einer gewissen Partei, die ihren politischen Grundgedanken gegenüber an der Verfassung des neuen Deutschen Reiches, mitzuwirken, handelte, ohne gleichzeitig eine oppositionelle Stellung einzunehmen zu können. Und von den Parteien der rechten und linken Opposition die beiden offiziellen Regierungsparteien. Die Eintritt der Demokraten ist jetzt durch den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung erleichtert worden, daß auch weit darüber hinaus die neue, wieder aus drei Parteien bestehende Reichsregierung der bisherigen Regierung der Sozialdemokratie und des Zentrums an innerer Festigkeit und damit an

Energie und Entschlußfähigkeit überlegen sein wird. Denn hiertun hängt die Zukunft unseres Vaterlandes ab.

Die deutschen Demokraten sind sich vor ihrem Eintritt in die Regierung sicher sehr klar darüber gewesen, daß auf den verschiedensten Gebieten Maßregeln einziehender Bedeutung ergreifen werden müßten. Der Reichsfinanzminister Bauer wird in seiner Rede, gewiß ohne Widerspruch zu begegnen, feststellen können, daß er an keinem in Weimar dar-

gelegten Regierungsprogramm Änderungen grundlegender Art nicht vorzunehmen braucht. Auf der anderen Seite sieht aber fest, wenn wir innerpolitisch den kommenden Winter bestehen wollen, mit größerer Voraussicht und festerer Hand regiert werden muß, als dies in letzter Zeit der Fall war. Ununterbrochen wird dem deutschen Volke gepredigt, daß allein angelegentlich Arbeit es zu retten vermag. Diese Arbeitsleistung kann aber nur gesichert werden, wenn der Streikwut ein Damm gezogen

wird und wenn die unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen scharf von solchen Elementen getrennt werden, die tatsächlich keinen Arbeitswillen besitzen. Und für Industrie und Handel muß durch eine Einschränkung der Zwangswirtschaft auf das notwendige Maß die Bewegungsfreiheit wiedergeschaffen werden, ohne die sie sich zu neuer Blüte unmöglich entfalten können. Auch wird nur auf diese Weise die Möglichkeit bestehen, der immer mehr um sich greifenden Korruption und dem Schieberwut wirksam entgegen zu treten. Nimmt man hierzu noch die großen Aufgaben, die in der Steuer- und Sozialpolitik zu lösen sind, so wird man den Entschluß der deutschen Demokraten, nun wieder an entscheidender Stelle zu tätiger Mitarbeit überzugehen, nur begrüßen können.

Die schwersten Gefahren oder drohen dem Deutschen Reich nicht aus der inneren Entwicklung. Die Haltung, die einzelne Ententestaaten noch heute gegen uns einnehmen, ist vielmehr zu bedrohlich, als wir nicht wissen können, vor welchen Ereignissen und Entschlüssen wir binnen kurzem stehen werden. Durch den Abschluß des Friedens haben wir zunächst die Einheit des Reiches geteilt und den Willen unserer Gegner, den deutschen Staat in Ruine aufzulösen, zu nichte gemacht. Wir haben ihn aber damit noch nicht aus der Welt geschafft. Und die so überaus traurige Schwärze unserer internationalen Stellung zwingt uns zu gespanntester Aufmerksamkeit und andauernder Sorge. Der Ausgang des Krieges hat Deutschlands Zukunft von seinem Verhältnis zu den verfeindeten Staaten des Auslandes abhängig gemacht. Das kann uns gewiß zu einer vollen Wiederherstellung führen. Aber unmittelbar neben dieser hoffnungsvollen Möglichkeit liegt die Gefahr des Unterganges. Von der auswärtigen Politik, die wir in der nächsten Zeit führen, und von der Vertretung, die sie im Ausland finden wird, hängt Deutschlands Schicksal ab. Ein Staat, der sich in solcher Not befindet, braucht die Kräfte aller, die ihm uneingeschränkt und aus innerster politischer Überzeugung zu dienen bereit sind. Damit aber war für die Deutsche Demokratische Partei die Pflicht gemacht, den

Zukunftsgedanken.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Die letzten Nachrichten aus Amerika lassen erkennen, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages, wenn auch unter Einzahligen einiger Vorbehalte, mit Washington noch in diesem Monat erfolgen wird. Inwiefern Wilsons Erkrankung eine Milderung der Opposition veranlaßt hat, ist schwer zu sagen. In Schweizer Blättern wird aber berichtet, daß die Mehrheit der Amerikaner bereit für den Völkerbund eintritt. Da auch in England die Ratifizierung sicher ist, jene Italiens durch königliches Dekret unmittelbar bevorsteht, und auch in Frankreich die Entscheidung durch die Kammer die Annahme im Senat bald folgen wird, darf man den offiziellen Beginn des Friedenszustandes für diesen Monat wohl als sicher annehmen. Der Pariser „Temps“ begrüßt diese Aussicht und äußert dabei die Erwartung, daß nun auch ohne Zögern der Ausschluß des Völkerbundes zusammentritt, gilt es jetzt doch, die Kommissionen für die Grenzregelung, die Regierungsabteilung des Saargebietes zu wählen und auch den völkerrechtlichen Oberkommissar für Danzig zu ernennen.

Man sieht, daß der französische Regierung nahegehende Blatt hat es sehr eilig, den Völkerbund gerade in jenen Fragen in Funktion zu setzen, die besonders französische Interessen betreffen. Für das Saargebiet ist das ohne weiteres klar. In Danzig aber gilt es, einen Mann als Oberinstanz einzusetzen, der grundsätzlich die Interessen der polnischen Einwanderer Frankreichs Deutschland gegenüber vertreten und dadurch zu der beabsichtigten Dauerschwächung Deutschlands im Osten beitragen wird. Das soll aber möglichst rasch geschehen, weil man sich in Paris der englischen und amerikanischen Willfährigkeit auf die Länge doch nicht ganz sicher ist.

Für uns Deutsche ergibt sich nun die Notwendigkeit, rechtzeitig eine aussichtsreiche außenpolitische Orientierung zu suchen. England und Frankreich gegenüber werden wir notgedrungen zunächst sehr zurückhaltend bleiben müssen. Mit Amerika wird der einseitige Wirtschaftsverkehr auch bald die politischen Beziehungen beeinflussen. Dann müssen wir die verschiedenen natürlichen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Beziehungen, die heute schon unser Verhältnis zu Italien charakterisieren, mit kluger Rücksichtnahme auf die noch anhaltende Kriegsspannung ausbauen. Ferner müssen wir die spanische Welt, die im Mutterlande eine großartige wirtschaftliche Renaissance erlebt hat und die in Südamerika sich vielfach in Löwehrstellung gegen das Angelfischentum befindet, als alte Gassenfreunde aufsuchen, und wir werden ein eigenes, von jedem Vorurteil freies Studium den neuen staatlichen Gegebenheiten zuzuwenden haben, die sich durch ganz Mitteleuropa bis zum Schwarzen Meer aneinander reißen. Die nationale Spannung muß den Polen, Tschechen, Südslaven, Rumänen und Ungarn gegenüber überwinden werden. Wir Deutsche sind ja trotz jahrelangender Grenzkämpfe noch immer ihre Nachbarn gewesen, mit denen uns enge Fäden des Wirtschafts- und Handelsverkehrs verbinden. Und so wird es in der Zukunft bleiben, nachdem der deutsche Herrenträum ihnen gegenüber, der besonders in dem Habsburgerreich verflochten war, ausgeräumt ist. Auf also deutsche Kaufleute nach Prag, Belgrad, Laibach, Agram und hinaus mit tüchtigen, menschenfreundlichen, deutschen Kontakten, hinaus mit deutschen Journalisten, die Pioniere sein sollen und werden für die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes zwischen den Völkern.

Der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)
ep. Washington, 6. Okt. Zum Brief Clemenceaus an Wilson erklären die offiziellen Kreise, daß der Zukunftsbericht der Völkerbundsversammlung vor der Ratifizierung durch den Senat nicht wahrscheinlich sei. Die Ratifizierung könne nicht vor November in Betracht kommen. Der Völkerbund dürfte nicht vor den ersten Tagen des nächsten Jahres zusammentreten.

Wilson's Befinden.

(Eigener Drahtbericht.)
Washington, 6. Okt. (Gazette.) Präsident Wilson verbrachte eine sehr gute Nacht. Wenn überhaupt von einer Veränderung gesprochen werden soll, so kann man sie nur in günstigem Sinne auf-

ep. Bern, 6. Okt. Der bedeutendste amerikanische Neurologieprofessor Berman ist, wie der „Corriere della Sera“ aus Paris meldet, an Wil-

sons Krankenlaar erufen worden, der infolge Geisteserschöpfung von fernen Ideen beherzigt ist. Auch erhebliche Nervenstörungen sind bei ihm aufgetreten. Ein ärztlicher Bericht stellt fest, daß Wilsons Zustand ernst sei.

Wilson's Vertretung.

(Eigener Drahtbericht.)
ep. Basel, 6. Okt. Wie den Mailänder Blättern aus Washington berichtet wird, hat Lansing auf Montag das Kabinett einberufen, um das Verfahren der Einziehung einer Verfassung für den Fall zu beraten, daß sich das Weiden des Präsidenten Wilson verschlimmern sollte.

Schlechte Behandlung von Deutschen in amerikanischen Gefangenenlagern.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 6. Okt. Die deutsche Regierung hat, wie wir hören, eine Verbalnote an die schweizerische Regierung über die Verhältnisse der deutschen Kriegsangehörigen in amerikanischen Gefangenenlagern geschickt. Es scheint in diesen eine Klärung einzuwirken zu sein. Es laufen hierin Klagen über grausame, menschenwürdige Behandlung ein. In der Note wird die Vermittlung der Schweiz dafür erbeten, daß eine Reihe von Vorfällen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und scharfer Einbruch erhoben wird. Es wird gleichzeitig um Absendung von Vertretern in diese Gefangenenlager erbeten, die Ermittlungen anstellen und die Missstände abstellen sollen.

d'Annunzio.

(Eigener Drahtbericht.)
L. Lugano, 6. Okt. d'Annunzio befehlt die Verhaftung serbischer und amerikanischer Staatsangehöriger in Trieste und ihre Internierung in Lagern.

Ein italienisch-rumänisches Abkommen.

(Eigener Drahtbericht.)
L. Bukarest, 6. Okt. Aus Agram wird gemeldet, daß zwischen Italien und Rumänien ein Abkommen getroffen ist, nach dem die Rumänen verpflichtet sind, im Kriegsfall die Italiener gegen die Jugoslawen zu unterstützen.

Englands Mißmut über Italien.

(Eigener Drahtbericht.)
ep. Basel, 6. Okt. Wie die Mailänder Blätter aus englischen amtlichen Kreisen melden, hat die britische Regierung die Absicht, der italienischen Regierung über die Besetzung der unteritalienischen Lagen in Trieste ihre Mißbilligung auszudrücken. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Andauern dieses Zustandes bringe Italien in die Gefahr eines Bruches mit den Alliierten. Der italienisch-serbische Zwischenfall anläßlich der Besetzung des Dambars „Civro“ bei der Einreise in die Stadt von Sarajevo könnte friedlich beigelegt werden. Auf die Vorstellungen der italienischen Behörden hin wurde der serbische Soldat, der den Fehler gemacht hatte, bestraft und die freiwilligen Soldaten durch reguläre Truppen ersetzt.

Italien und Bulgarien.

(Eigener Drahtbericht.)
en. Rom, 6. Okt. Mit Unterstützung der Regierung sieht sich der italienische Handel in Orient und Balkanmarkt an, diesen für gewisse Produkte zu erschließen. Bulgarien wird eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, da man auf die Ausbeute seiner arabischen Erzeugnisse große Hoffnungen setzt. Die Banca commerciale d'Italia erachtet unter Berücksichtigung bulgarischer Kapitalisten dieser Zone eigene Filialen in Bulgarien.

Die Wiener Kommunisten.

(Eigener Drahtbericht.)
Wien, 6. Okt. (Wolff.) Wiener Abendblätter melden: Die neueste Nummer der kommunistischen Wochenschrift „Der Kampf“ veröffentlicht Dokumente zur Geschichte des kommunistischen Partises von 15. Juni auf Grund der Darstellung des kommunistischen Dr. Ernst Dittelmayer. Dieser erhebt heftige Beschuldigungen gegen die Führer der Wiener Kommunisten und behauptet, daß sie in der Nacht vom 15. Juni mit ihrem Einverständnis von der Polizei verhaftet wurden, also einen feigen Rückzug genommen hätten, indem sie sich in den sicheren Beschutzm der Polizei drückten. Auch später, als der Plan verwirklicht werden sollte, am 21. Juni die Räteherrschaft auszurufen, überließen die neuen radikalen Führer schon am ersten Tage ihrer Wähl vor der Revolution zurück, indem sie nur eine einzige Versammlung abhielten, dafür aber um so mehr Automobilenlaste veranfaßten und immer nur neues Geld verlangten, ohne jemals Rücksicht dafür abzulegen. Dittelmayer wirft den damaligen Führern vor, fremdes Geld vorzuziehen zu haben. Bei dieser ungläubigen Korruption sei ein weiteres Arbeiten unmöglich gewesen.

Was bedeutet russischer Regierungswechsel für Deutschland?

Dr. Berlin, 5. Oktober.
Es ist nicht mehr daran zu denken, das Sowjetregiment von Moskau geht an Ende. In Russland wird ein neuer Zustand. Wie ist die Wirkung auf Deutschland? Es ist die wichtigste Frage unserer Außenpolitik, die hier schon wieder auftaucht — leider zu einer Zeit, wo die Rechte außenpolitischer Arbeitsmoralität, die uns Versailles gelassen hat, in den Händen der unfähigsten Verwalter liegen.

Gegenüber dem Bolschewismus waren wir immer in problematischer Lage. „Die ich tief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“ Wir hatten sie in den Saitel gefeiert. Als nach dem Sturz des Kaiserismus auch das Kerenski-Regime nicht friedensbereit wurde, bestanden wir ihm den bolschewistischen Basillus auf den Hals. In einem deutschen Sonderauftrag durfte Herr Levin aus der Schweiz nach Russland rollen. In Stockholm war die deutsche Zentrale, die die bolschewistische Propaganda in Russland mit Geld, Waffen und Munition versorgte. Lubendorf, Bethmann, Berlin, Gräberger, Scheidemann... alle haben durch ihre Auslandsverbindungen hinter den Rücken mitgeholfen, das Sowjetregiment in Russland durchzusetzen. Es brachte uns ja dann auch zunächst den Frieden im Osten. Aber unmittelbar darauf zeigten sich die Gegenwirkungen. Das russische Ministerium war uns wohl dankbar, daß wir die zaristische Despotie zertrümmert hatten und endlich der russischen Erde den Frieden erzwangen — aber es frustrierte uns, daß wir ihm dafür die schlimmsten Mordtaten des Bolschewismus auferlegten, die des tranken Russlands Tod wurde. Selbstredend, der kurze Zeit unser Vertreter in Moskau war, sah diese Dinge auf den Grund und steckte Berlin an, den Bolschewismus wieder zu füttern. Er drang in der Bolschewistik nicht durch — das ist der Grund seines damals etwas plötzlich erfolgten Rücktritts von dem Moskauer Posten. Wenig später erkannte Deutschland, wie der bolschewistische Basillus von Russland nach Deutschland zurückdrängte. Von ihm aina der extreme Radikalismus aus, der noch heute unsern Wiederaufbau lähmt.

Nun hat in fünftester Zeit eine Anzahl (mehr oder minder verantwortlicher) deutscher Politiker und Militärs eine Idee beschlachtet, von der man in diesem Aufammenhang sprechen muß: Deutschland solle wieder vom Bolschewismus befreit werden. Es könne dann weiter Russland mit technischen Hilfsmitteln versorgen und dadurch sich selber Russlands Rohstoffe sichern — kurz mit und an Russland gewinnen. Und da alles, was wir tun, nicht ganz ohne die Entente aetan werden kann, verfiel sich die Idee an der Hoffnung, daß Deutschland ausreicht für die Entente Mandatar der russischen Erlösung werden, dadurch auch die Interessen der Entente wahren und zum Dank dafür von der Entente die Revision des Friedens von Versailles ernten könne. Als kürzlich Oberst Reinhardt von den „nur sechs Divisionen“ sprach, mit denen die „Sache in Russland“ zu machen sei, dachte er daran, daß der deutsche Landbesitz in Ordnung für ganz Europa in Russland landen sollte, und wenn der deutsche Großindustrielle Arnold Heber den vom Pariser „Matin“ symbolisch verfassten Plan des gemeinsamen deutsch-französisch-englischen Ausbaus Russlands propagierte, benannten wir wieder dieser Idee. Reichlich durchdacht, in ihrer Ausführung mit allen Sicherungen versehen, könnte ihre Realisierung vielleicht — mit der Zustimmung Europas — Deutschlands Rettung bringen.

Wenn an unserer Seiluna freilich kein anderes Mittel sichtbar geworden ist, als daß wir die „Moskauer“ für Europa in Russland stellen sollten, so ist das schon tragisch genug. Aber es scheint, daß wir nicht einmal durch solche Entwürfe unsere Zukunft erkären könnten. Wenn der Entente der Gedanke unserer Landbesitznahme bei der Erlösung Russlands ernsthaft bisfufabel erschien, brauchte

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 3 Seiten.

nicht so erheblich auf die Zurückziehung der Eisernen Division aus ihrer antibolschewistischen Ausfallsstellung zu bestehen! Und wenn die Sowjetregierung, wie wir ja nun ernsthaft glauben dürfen, kapituliert, dann verachtet die Entente erst recht auf deutsche Mitarbeit im Osten. Dann nimmt sie den Aufbau Rußlands aus eigener Hand und uns droht nach der Verriegelung des Westens noch die Verriegelung des Ostens. Das ist die Gefahr der Stunde, die im Werden neuer russischer Zustände liegt.

Die Aufsicht der Stunde ist daher die schärfste Beobachtung dieser Entwicklung. Man kann annehmen, daß auf die Sowjetregierung eine Koalition von Menschewiki und Raboten folgt, eine Art gemäßigter sozialistisch-liberaler Regierung. Man weiß, daß diese bolschewistischen Kreise in Rußland bei allen berechtigten Antipathien gegen Deutschland doch auch viel freundliches Interesse für unser in der Bildung begriffenes demokratisches Regiment bekunden, weil sie sich selber nach dem Ausbruch einer solchen Staatsform sehnen. Und da die Entente als „Rachherr“ Rußlands solcher demokratischer Schritte die üblichen Mittel anwenden wird, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die kommende russische Regierung sich einmal von der Entente frei zu kommen versucht, um in Deutschland seinen Arbeitskräften und seinem technischen Genie — und in seiner veränderten Not den notwendigen Verbindungen zur Gesundung Rußlands zu helfen.

Und das ist die Möglichkeit der Stunde, die sich aus dem Werden eines neuen Rußlands ergibt.

Deutschlands wirtschaftliche Knebelung durch England.

Die Furcht vor der Ueberforderung mit deutschen Artikeln kommt in einer Notiz des „Northshire Observer“ vom 10. September zum Ausdruck. Es heißt darin: „Im Zusammenhang mit den wiederhergestellten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England und der erfolgten Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen gewisser Waren machte der Präsident der fälschlich ins Leben gerufenen britischen Handelskammer in Köln folgende Bemerkung: Wir haben die erforderlichen Maßnahmen getroffen, damit keine Ausfuhrhüter von Deutschland exportiert werden, ohne daß die betreffenden Firmen den englischen Handelsbehörden Angebote machen. Von diesen Waren wird andererseits ein entsprechendes Äquivalent von Gütern aus England durch deutsche Firmen für den deutschen Markt angenommen werden müssen. Bei dieser Methode ist vor allem darauf zu achten, daß der Marktwert der Waren in England und nicht etwa der Wert der Ware in Betracht gezogen wird. Dadurch wird vor allem ein unklarer Wettbewerb vermieden, wodurch englische Kaufleute deutsche Waren fast umsonst kaufen könnten, um dann den englischen Markt damit zu überfluteten. Die deutschen Kaufleute dagegen haben den Vorteil, beim Einkauf gegen englische Waren sozial bekommen zu können, wie sie wollen, ohne daß sie hiesig Geld hinlegen müssen.“

Es ist den Engländern natürlich bei alledem nicht darum zu tun, den Deutschen einen Vorteil zuzuwenden zu lassen, wie es den Anschein haben könnte. Denn in Wirklichkeit kommt der englische Kaufmann auf diese Weise auf die billigste Art in den Besitz deutscher Waren. Vor allem hat man ja in England alle Hände in der Sand, und man kann die Einfuhr und Ausfuhr von Deutschland nach England und umgekehrt je nach Umständen erhöhen oder verringern. Unter dem Schein, Deutschland vor dem Preisverfall zu bewahren, wollen, macht der Präsident ferner den Vorbehalt, englische Warenmaterialien in deutschen Fabriken verarbeiten zu lassen; wogegen, für englische Fabriken, wobei England lediglich die Rohstoffe zu liefern hätte. Eine große Anzahl englischer Fabriken soll auf diese Weise in Anspruch genommen werden, den ihnen im Laufe der Zeit erteilten Aufträgen nachzukommen. Dies gilt a. B. für die Scheffler Industrie, die sich die Aufträge hier zu bedient haben, daß sie selbst nach Jahren noch nicht zur Ausführung kommen können.

Für jeden Deutschen ist es natürlich klar, daß die deutsche Industrie auf diese Weise, ungeachtet der scheinbaren Förderung, sich selbst zur Sklavin der englischen Handelspolitik machen würde. Auf diese Weise würde Deutschland dazu beitragen, den Aufschwung der Welt zu erhöhen, ohne daß eines Engländeres Dank an der Fertigstellung dieser Artikel nur im geringsten beteiligt wäre. Wie es heißt, sind in England bereits Angebote von deutschen Wollmännern eingetroffen, wonach diese sich auf obiger Basis bereit erklären, die nach England gelangende Rohwolle zu kämmen. Jedenfalls bleibt abzuwarten, wie sich diese neue Geschäftsmethode entwickeln wird, von der für das wirtschaftliche Leben in den Hintergründen gedrückt Deutschland kaum etwas anderes als die vorerwähnten Nachteile völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit herausbringen dürfte.

Frankreich.

Pariser Stimmungen.

© Haag, 1. Okt. Aus einer Unterredung, die ich vor einigen Tagen mit einem eben aus Paris zurückgekehrten Handelsbeauftragten eines neutralen Staates hatte, ist folgendes wiederzuerzählen. Der Herr sagte: „Ich bin vor drei Tagen aus Paris zurückgekommen. Ich habe die Stimmung gegenüber der vor drei Monaten, als ich das letzte Mal dort war, sehr verändert gefunden. Der damalige noch laut auflebende Gock ist in erheblichem Maße abgemildert. Man hört jetzt schon aufwachen auf den Strahlen Deutschlands, und wenn auch natürlich noch eine starke Abneigung gegen Deutschland besteht, so beginnt man doch, besonders in den Kaufmannskreisen, die Notwendigkeit einer Wiederannäherung von Beziehungen einzufassen und sich auf ein anderes Verhältnis mit Deutschland einzurichten. Der Sinesubel ist vollständig verfliegen, man redet vielmehr mit den Sozialisten, die fortgesetzt durch die Arbeiterforderungen entstehen und mit dem Sinken des Frankens. Der letzte Umstand wird indirekte Hilfe von deutschen Waren zur Folge haben, weil Deutschland ja jetzt das einzige Land ist, in dem der Frank eine höhere Kaufkraft hat, als die Landeswährung. Die Stimmung ist aber weit mehr bestimmt durch die allgemeine Arbeitslosigkeit der Bevölkerung.“

Wenn die Leute in Deutschland nicht arbeiten, so arbeiten sie immer noch sehr viel mehr als in Frankreich. Dazu kommt der arde Verlußt an jungen Leuten. Selbst in Paris fällt das Fehlen der jungen Männer im Straßenbilde stark auf. Diese Tatsache und die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung zeigen sich in der veränderten Mischung von Waren, und in der unzufriedenen Biegeung.“

Im arden annehmen war der neutrale Handelsbeauftragte, der während des ganzen Krieges eine keineswegs deutschfreundliche Haltung vertreten hatte, der Ansicht, daß sich Deutschland trotz aller Schwierigkeiten in viel hoffnungsvollere Lage befinden als Frankreich. Diese Ansicht stimmt mit der einer anderen Reihe anderer, mit den Verhältnissen vertrauter Beobachtungen in Holland überein.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 6. Okt. (Wolff.) Die Kammer stimmte am Samstag dem Projekt an, das sich auf die vorläufige Reaktionsreform (Einführung von Vorkursen) bezieht und dieses Land unter den gegenwärtigen Reaktionsverhältnissen belächelt, sowie erklärt, daß die französischen Gesetze erst dann angewendet werden sollen, wenn die Vertreter (Einführung) ihren Platz im Parlamente eingenommen haben werden. Ferner hat die Kammer folgenden Vorschlag einstimmig angenommen: Die Kammer läßt die Regierung ein, bei den in Artikel 124 vorgesehenen eventuellen Entscheidungen nur die auf Rechnung Deutschlands zu nehmen, die aus dem im voraus getroffenen gesetzlichen Verhältnissen, aus einem bei der Wiederanbahnungskommission bestellten Beauftragten oder einem mit Rechtskraft erwachsenen Urteil eines Zivil- oder Verwaltungsgerichtes hervorgehen. Die Kammer läßt die Regierung ebenfalls ein, die Deduktion anzuordnen für alle Schuldbestände, die der Staat und die Kolonien gegen die im Artikel 124 vorgesehenen finanziellen Verbindlichkeiten haben können.

Die deutsche Republik.

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt Euch die deutsche Heimat, Ihr die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein kommt, bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn Ihr jetzt im fremden Lande und fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Heimat, in denen noch Anstrengungen des Friedensvertrages Vorkursbestimmungen vorgenommen werden soll. Ihr sollt mit daran entscheiden, ob Eure Heimat fernerehin zum Deutschen Reich gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen, Jeder zur seine Pflicht. Jeder Abstammungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommt. Es gilt die Abstammung vorzubereiten. Von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jede Stimme zählt, jede Entscheidung.

Erzberger gegen Helfferich.

Berlin, 6. Okt. (Wolff.) Das Material des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich ist am 28. September dem Staatsanwalt ausgestellt worden.

Berlin, 6. Okt. (Wolff.) Infolge des Strafverfahrens des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich wegen Verleumdung hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I das Ermittlungsverfahren sofort einleitet.

Beglaubigung des schweizerischen Gesandten.

Berlin, 6. Okt. (Wolff.) Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Reichspräsident hatte am Samstag nachmittag den neuernannten schweizerischen außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten von Planta zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Reichsminister des Auswärtigen, Hermann Müller, war bei dem Empfang zugegen.

Der Eintritt der Demokraten in die sächsische Regierung.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)

C. Dresden, 6. Okt. Der Ministerpräsident erklärte in der heute nachmittag wieder eröffneten sächsischen Kammer, die in der Regierung neu eintretenden beiden Demokraten hätten den Grundrissen der Politik, wie er sie am 20. März in der Volkstammer entwickelt habe, zugestimmt. Namens des Gesamtministeriums führte der Ministerpräsident weiter aus, daß an diesen Richtlinien und Grundrissen festgehalten werde. Man müsse einen Ausweg finden. Ihre Grundröße werde keine der beiden Fraktionen aufgeben. Die neuen Minister haben ihr Amt übernommen.

Sachsens Schuldenlast.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) C. Dresden, 6. Okt. Sachsens Gesamtschulden betragen Ende August 1272 318 400 M., davon entfallen 895 000 000 M. auf die Eisenbahnen.

Beginnende Einsicht.

Bei einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen in Leipzig, in der über den Eintritt in den Streit entschieden werden sollte, übertrug diese Ansicht an dem energischen Widerstand der Mitglieder der Mitglieder. Es wurde betont, daß die Zeit für so unpolitische Rufe vorbei sei. Die aufgeregten Arbeiter seien an der Ueberzeugung gekommen, daß sie durch denartige Streiks nur sich selbst schädigten und zwar zugunsten des ausländischen Kapitals.

Die Reedereien und der Seemannsbund.

Sambura, 5. Okt. Die Vereinigten Südbandferreedereien beschloßen heute, mit dem Seemannsbund nicht in Verhandlungen einzutreten.

Todesfall.

Der Hauptgeschäftsführer des „Dresdener Anzeigers“ Heinrich Klack ist in Dresden plötzlich gestorben. Nach einer der beständigsten Journalisten Deutschlands, war sein letzter Hauptgeschäftsführer der „Badischen Landeszeitung“ in Karlsruhe und dann lange Jahre Leiter des „Frankfurter Generalanzeigers“.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Die Veredelungsindustrie und das Umfahrgeschäft.

Die Hauptversammlung des Wirtschaftsausschusses deutscher Kaufleute in Berlin, der die deutsche Ausfuhr und Veredelungsindustrie vereint, hat sich mit dem Entwurf des Umfahrgeschäftes eingehend beschäftigt und nachstehende Empfehlungen angenommen:

„In Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Mitteln zur Deckung der Reichsbedürfnisse erkennen die Wirtschaftsausschüsse deutscher Kaufleute an, daß eine Erhöhung der Umfahrgeschäfte nicht zu umgehen ist. Er muß aber verlangen, daß die erhöhte Umfahrgeschäfte ebenso wie die im Besonderen erhöhte Ausfuhr beim Ueberange der Gesamtheit an den Verbraucher erhoben wird, und letztere sich nur auf den wirklichen Luxus erstrecken darf. Die Feststellung darüber, was als Luxusware anzuerkennen ist, kann nicht dem Reichsrat überlassen werden, sondern muß im Einklang mit den betreffenden Industrieerfahren die Kaufleute, die sich mehr und mehr auf Veredelung und Qualitätsarbeit einstellen, um der Auslandskonkurrenz gegenüberstehen zu können, setzen sich in ihrer Existenz gefährdet, wenn der Bedarf „Luxus“ auf dem Inlandsmarkt eine derartige weite Ausdehnung erfährt, daß die Qualitätsproduktion überhaupt dadurch in Frage gestellt wird.“

Au das Badische Volk!

Unsere Heimat geht mit schwerem Herzen dem kommenden Winter entgegen. Die Sorge um Licht und Wärme, um Arbeit und Verdienst wird von den Ernährungsverhältnissen noch übertrieben. Diese Sorgenlast muß vom ganzen Volke getragen werden. Es geht nicht an, daß sich ein Teil derselben davon ausnehmen will.

Wer heute durch seine reichen Geldmittel den täglichen Fleischkonsum, Weibrot, Butter und Eier am Frühstück und abends bei anderen Mahlzeiten sich erlaubt, macht sich mitschuldig an den Ernährungsnot der städtischen und industriellen Bevölkerung, an dem Elend von armen Kindern, dem Tod von abgehärmten Müttern und demoralisierender An alle den Unruhen, die dann unausbleiblich den Staat erschüttern werden. Er genießt, was anderen von Rechts wegen aufkommt und verfühndet sich schwer an Gesundheit und Leben seiner Volksgenossen.

Die Schieber und Schleichhändler, die auf verbotenen Wegen die Nahrungsmittel auf muerchlichen Aemtern aufkaufen, stehen im Dienste dieser gemisslichen Genusssüchtigen. Sie machen sich mitschuldig an dem Verbrechen, das an dem notleidenden Volke begangen wird.

Wir sind mit der Regierung der Auffassung, daß die Bezirks- und Gemeindeverwaltungen, der Staatsanwalt und seine Organe gegen diese Schieber und Schleichhändler mit unerbittlicher Strenge vorzugehen und die Unmenschlichkeit in ihren Rechten schärfen sollen. Wir erwarten von unseren Gerichten, daß sie die bedrohten Staatsinteressen im Rahmen der Gesetze mit allem Ernste wahrnehmen. Die Staatsanwaltschaften sind wesentlich verstärkt worden, damit die wucherischen Schieber und Schleichhändler, die Verbrecher an Volk und Vaterland, sofort unmissverständlich einer exemplarischen Bestrafung ausgesetzt werden.

Religion kann uns nur unbedrohte Arbeit und treue Pflichterfüllung. Wer nicht arbeitet, verfühndet sich an Volk in der Stunde seiner schwersten Not. Es wird Aufgabe unserer Bevölkerung sein, diese Elemente, die nicht arbeiten wollen, zur Arbeit zu zwingen, denn nur sie sind die Ursache der berechtigten Klagen unserer pflichterfüllenden Bevölkerung.

Die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes ist aber auch nur zu erreichen, wenn unser Bauernstand selbst mitwirkt. Wir haben das Vertrauen zu ihm, daß er dies auch fernert tut. Er sei nicht in den schweren Jahren, die nun hinter uns liegen, fast durchweg so überlegt und überbescheiden, daß wir unüberwindlich hoffen, er wird auch in diesem Herbst und Winter trotz allem nicht veragen.

Wir wenden uns deshalb vertrauensvoll an die badischen Landwirte und erwarten von ihnen, daß sie auch ferner ihrer Ablieferungsspflicht für die von ihnen bewirtschafteten Lebensmittel nachkommen. Wir brauchen die Ackerbauwirtschaften noch auf längere Zeit, weil ohne sie unser gesamtes Wirtschaftsleben, die Existenz und das Leben Tausender badischer Einwohner aufs schwerste bedroht und gefährdet ist.

Die Ackerwirtschaft wird nur aufrecht erhalten für solche Lebensmittel, bei denen sie absolut notwendig ist, nämlich für Getreide, Gerste, Weizen, Eier, Milch, Fett, Obstfrüchte und Kartoffeln. Die Regierung hat aber dafür Sorge zu tragen, daß den berechtigten Wünschen der landbauwerbenden Bevölkerung, höhere Preise zu bekommen, Rechnung getragen wird. Dafür müssen die Verbraucher hohes Verständnis haben, um so mehr, als jedermann wissen kann, daß die Bedarfsartikel des Bauernmannes ebenfalls im Preise gewaltig in die Höhe gegangen sind. Von der treuen Erfüllung und dem hohen Gemeinwohl unserer badischen Landwirte wird es im wesentlichen abhängen, ob wir in den schweren Monaten, denen wir nun entgegengehen, Ruhe im Lande behalten oder ob wir wieder den Schrecken von inneren Unruhen ausgesetzt sein werden.

Wir beanen aber auch Vertrauen an unserer Arbeiterschaft, daß sie in den kommenden Monaten reiflos ihre Pflicht und Schuldigkeit tut. Keine frivolsten und keine leichtsinnigen Streiks! Sie wären ein Verbrechen an Volk und Vaterland!

Wer Arbeit finden kann, der ardeise zu, auch dann, wenn sie ihm vielleicht weniger ausfällt. Wir haben heute außerordentliche Verhältnisse. Es gilt, die Heimat in Ruhe und Ordnung über die Gefahren der Zeit hinwegzuführen.

Ein ernstes Wort müssen wir an unsere Beamten und die Staatsarbeiter richten.

Auf der treuen gewissenhaften Erfüllung unserer anagen Beamtenpflicht und der Staatsarbeiter ruht die Ordnung im Staat.

Käuft jene, so ist diese auch dahin. Ni aber die Staatsordnung ausfallen, dann stehen alle, Beamte und Staatsarbeiter, mehr als jeher andere Stand vor Not und Elend. Wir müssen erwarten, daß alle, die im Dienste des Staates stehen, wieder zum alten Pflichtbewußtsein und zur unbedingten Aufrichtigkeit zurückkehren. Die Not der Zeit macht diese Forderung zur abeierischen Staatsnotwendigkeit!

An die jungen Leute aller Stände richten wir die erste Mahnung, sich von der wahninnigen Veranungung zu befreien und sich wieder der alten Sitteneinfachheit und Gemütsamkeit zuzuwenden. Wir haben den Herrn Minister des Innern gebeten, daß er seine Verwaltungsbeamten in allen Bezirken anweist, die Erlaubnis zu Veranungen auf das Mindestmaß zu beschränken und zu widerstandnehmen gegen erlassene Verbote exemplarisch zu ahnden. Wir erwarten auch von den wohlhabenden Kreisen, daß sie mit autem Beispiel vorangehen und jedenfalls nicht durch private Veranungen von Veranungen Anzeichen geben. Unsere Zeit ist nicht dazu angetan, in Gaus und Braus zu leben und den Veranungen nachzulaufen.

An unsere erprobten Krieger, die das unerschütterliche Verbleiben haben, unsere teure Heimat vor den fürchterlichen Verhältnissen und den entsetzlichen Greueln des Krieges bewahrt zu haben, richten wir vertrauensvoll die Bitte: Selbst als ernste Männer und als Männer von gemohnter Disziplin, Ruhe und Ordnung in Stadt und Land durchzuführen. Ihr habt den äußeren Feind von unseren Gefilden ferngehalten, helft nun den inneren aus den Stellungen zu werfen, in die er bereits einedrungen ist!

Schließlich rufen wir den heimkehrenden Kriegerangehörigen Söhnen des Vaterlandes ein herannahendes Willkommen zu. Wir bitten sie, alle Einflüsterungen aufzubrechernde Elemente von uns und

Ausland abzuwehren und Schulter an Schulter mit denen zu stehen, die für Autorität und Ordnung, für Recht und Gerechtigkeit, und mitarbeiten am Aufbau unseres armen, niedergedrückten Vaterlandes.

Badische Volk! Wir müssen über die Not und Gefahren der nächsten Monate hinwegkommen. Dazu bedarf es gemeinsamen Zusammenstehens und gegenseitiger Hilfe. Jede moralische Kraft muß einseitig werden. Es sollen zusammenwirken alle Organe des Staates, der Schule und der Kirche. Bereuen wir nicht über den eigenen persönlichen Interessen die Linderung der gemeinsamen Not unseres schönen badischen Landes!

Karlsruhe, Anfang Oktober 1919.

Für die Zentrumsfraktion: Für die demokr. Fraktion: Dr. Schäfer. König.

Für die soz. Fraktion: Für die deutsch-nat. Fraktion: Marum. Haber.

Aus den Parteien.

Die erste Vertreterversammlung der Deutschen (liberalen) Volkspartei.

Der jüngst gegründete Landesverband der Deutschen (liberalen) Volkspartei hielt am letzten Sonntag seine von etwa 50 Personen besuchte Vertreterversammlung im „Friedrichshof“ in Karlsruhe ab. Die Partei selbst, wie schon oben erwähnt, unter falscher Flagge, indem sie sich als frühere Nationalliberaler Partei bezeichnen. Die frühere Nationalliberaler Partei hat aber bekanntlich mit der Nationaldemokratischen Partei in Baden gebildet und die wenigen Nationalliberalen, die diesen Zusammenschluß nicht mitgehen wollten, haben sich nicht der Partei, ihre neue Partei, die sie gebildet haben, als frühere Nationalliberaler Partei zu bezeichnen, auch wenn sie in der Tat die früheren Nationalliberalen sind. Von den bekannteren früheren Nationalliberalen in der Deutschen (liberalen) Volkspartei, die hauptsächlich aus Seidelberg, Hammeln, sind die früheren Landesabgeordneten Rohrbach und Koch, Geheimrat Mathias, Kirchhof, Schuberth und Landwehr, Dorn zu nennen. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Dr. Curtius von Seidelberg hielt der Generalsekretär v. Wächter einen Vortrag über die politischen Parteien und ihre Bedeutung in der Gegenwart. Sodann wurde über Organisations- und Propagandafragen verhandelt und schließlich das Parteiprogramm beschlossen. Die Wahlen der einzelnen Personen aus den Ortsgruppen zum Landesauschuss bleibt der nächsten Tagung des Landesauschusses, die im Januar 1920 in Offenburg stattfinden soll, vorbehalten; es wurde bestimmt, daß auch Frauen in den Landesauschuss gewählt werden sollen. Die Aufstellung der Kandidatenliste zum Reichstagen wurde dem Geschäftsführenden Ausschuss übertragen, der einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten soll.

Schule und Kirche.

Aus der katholischen Kirche.

Dem Stadtverordneten in Emmendingen Benefiziat Leopold Seifermann am Freiburger Münster ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

Die Kosten der Besatzung im Rheinland.

Berlin, 6. Okt. (Wolff.) Nach den Blättern hat Deutschland für die Ententebesatzungstruppen im Rheinland bisher 892 Millionen Mark zahlen müssen.

von der Goltz.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 6. Okt. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet den Uebertritt des Grafen von der Goltz an den Russen im Baltikum. Amtlicher Berliner Stelle wird diese Nachricht durch aus unzutreffend bezeichnet.

Die christlichen Gewerkschaften.

(Eigener Drahtbericht.) Essen a. d. R., 6. Okt. (Wolff.) Die von den Vätern vorbereitete Meldung, daß sich eine Abwanderung in ardem Maßstabe aus christlichen Gewerkschaften entwickle, wird in sehr erheblicher Weise widerlegt. Es ist, wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen mitteilt wird, bei diesen Gewerkschaften keine Abwanderung, sondern im Gegenteil eine beträchtliche Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl gegenwärtig mehr als 1 100 000 beträgt.

Der Rücktritt des türkischen Kabinetts.

Verailles, 6. Okt. (Wolff.) Nach Meldungen aus Konstantinopel hat der Sultan die Demission des Großwesirs Damad Ferid Pascha angenommen. Das gesamte Ministertium tritt zurück. Es ist bis jetzt noch nicht bestimmt, wer das neue Kabinet bilden soll.



Haustrinkkuren!

Staatl. Fachingen ist wieder, mit alten guten Verschlüssen versehen, sofort lieferbar. Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Diabetes, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen usw. Brunnenbeschriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstraße 55

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Stadtredaktion der mit einer Gitterlinie versehenen Artikel ist nur unter Druckensanfrage gestattet.)

Kollektiv-Kreditgewährung für den europäischen Export.

In allen Staaten, die ihren Export hochbringen wollen, ist man von dem Gedanken durchdrungen, daß das ungeheure Gebiet der europäischen Oststaaten nur in dem Maße erfolgreich bedient werden kann, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, den Käufern wie den Verkäufern Kredite einzuräumen, den erlösten, um ihnen Zeit zu lassen, Werte zu schaffen aus der Pflanze der Forst- und Landwirtschaft, der Viehzucht, des Bergbaues, den letzteren, um ihnen einen Gegenwert zu geben für die nicht bezahlten Forderungen an ihre oststaatlichen Abnehmer. Großbritannien ist der erste Staat, der bereits eine Organisation hat (aus öffentlichen Mitteln wird ihr ein Kredit von 20 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt), die dem heimischen Exporteur vor Kurzerfristung schützt und ihm die Besorgung seiner Forderungen mit 90 Prozent in Ausnahmefällen mit 100 Prozent, gewährleistet. Die anderen industrietreibenden Nationen werden nolens volens für gleiche Einrichtungen sorgen müssen und wir sehen ja auch schon die schweizerische Genossenschaft für Warenkauf und Arbeit, einen Finanzierungsplan zu finden, der den ganz gleichen Zweck dient, wofür die britische Regierung den Kredit von 20 Millionen Pfund Sterling ausgesetzt hat.

In Deutschland werden diese Entwicklungen aufmerksam verfolgt. Wir können auf die Hilfe des Staates kaum rechnen. Wenn wir aber den Gedanken aufnehmen, der in dem Wort Kollektiv-Kreditgewährung liegt, so dürfte es uns möglich sein, etwas zu schaffen, was uns die Möglichkeit gibt, mit den Oststaaten zu arbeiten. Die Wirtschaftsorganisationen in Deutschland sind weit ausgedehnter als in anderen Ländern. Man kann sich also denken, daß an die Stelle des Staates eine Gemeinschaft tritt, geschaffen von der Wirtschaftsorganisation mit Hilfe anderer Banken, die die gleichen Funktionen übernimmt, für welche die neue britische Methode und die Schweizer Genossenschaft ins Leben gerufen worden sind. Und in weiterer Ausgestaltung des Gedankens kann man vielleicht erwarten, daß diese neuen Wirtschaftsverbände im Deutschen Reich sich zusammenschließen zu einem Verband, zu einer Interessengemeinschaft, die in ihren Proportionen so breit, in ihren finanziellen Mitteln so gut ausgestattet wäre, daß man mit guten Aussichten das Geschäft mit den Oststaaten aufnehmen, durchführen und in Gang erhalten könnte. Die ganze Kreditoperation wäre kollektiv. Die Verantwortlichkeiten oder besser gesagt, die finanziellen Bürgschaften und die zu übernehmenden Risiken würden sich auf zahlreiche Schultern verteilen. Dem einzelnen aber wäre dann eine Einrichtung zur Verfügung gestellt, wie er sie besser nicht wünschen kann, denn neben Kredit und Geld würde bei der eben vorgeschlagenen Idee in den leitenden Kreisen auch die erforderliche Geschäftskennntnis vorhanden sein, was bei der Organisation, die man der Sache in Großbritannien gegeben hat, nicht der Fall ist. Dort muß man mit einer Behörde, in letzter Instanz mit beamteten Personen rechnen und was dabei herauskommt, ist nicht so sehr befriedigend, wie dem, was wir unter gleichen Bedingungen in Deutschland von der amtlichen Wirtschaftspolitik gesehen haben. Gewiß ist es nicht so einfach, eine Institution zu schaffen, wie wir sie hier in letzten Umständen

zert haben. Wir werden uns aber mit der Sache doch abmühen müssen, wollen wir nicht ruhig zusehen, wie sich im Osten, ja teilweise sogar im Mittelpunkt Europas, Engländer, Schweizer und Amerikaner einnisten und uns jede Bewegungsmöglichkeit in den in Betracht kommenden Konjunkturländern nehmen. Ja, auch Amerikaner. Denn diese werden es kaum ruhig dulden, daß ihnen die Weiten in den europäischen Oststaaten über den Kopf wachsen. Gegen diese Abzanz müssen wir irgend etwas Gleichwertiges schaffen. Unsere Anregung zeigt den Weg hierzu.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 6. Okt. Es lag bei Beginn der neuen Geschäftswocher wieder für eine Reihe von Wertpapieren in der Industrie fortwährende Anregungen zu neuen Anlägen geben. Ferner: stimulierten die Angaben über ein erhebliches leichtes Geschäft, Nachfrage trat besonders für Autokraft, Motorwagen, Dampfmaschinen mit 240. Kiloerle, Motorwagen 200, Fahrzeugen Eisenbahn ebenfalls fest. Benzin schwand. Auf dem Gebiete des Montanmarktes wurden Böhmisch mit 20 1/2 Prozent, Oberbergt, Karpener und Buderus gingen höher. Elektroaktien fest. Anziehende Bewegung zeigte sich für Rheinische Eisenbahn. Bevorzugt blieben unter den chemischen Aktien Holzverlebung, Scheideanstalt höher. Auch Bad. Anilin gehobert. Schiffbauaktien folgten der allgemeinen günstigen Stimmung. Schantungbahn blieben bei regen Umsätzen höher. Lombarden behauptet. Der Markt der Auslandsaktien zeigte lebhaftes Aussehen. Vornehmlich waren es amerikanische Bahnen, die das Interesse in Anspruch nahmen. Canada Pacific gingen in großen Höhen um: 485-500. Fest lagen Petroleum, Steama Romana sehr fest: 560-566. In Kolonialwerten war die Geschäftstätigkeit unverändert lebhaft. Deutliche Anzeichen zeigten mäßige Besserungen. Kriegsanleihe etwas schwächer. An Staatsanleihen für Industriezweige kam es erneut zu Erhöhungen. Es handelte wieder eine Reihe von Aktien bei erhöhten Kursen in Nachfrage. Privatdiskont 3 1/2 Prozent.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with columns for 4. Okt. 6. Okt. and various stock prices including Badische Bank, Dresdner Bank, etc.

Berliner Börse.

W. Berlin, 6. Oktober. In der Börse übertrag sich die Festigkeit der vor. Woche auch auf den heutigen Verkehr. Namentlich zeigten sich höhere Kurse für Auslandswerte wie Canada Pacific und Steama Romana, die 30 Prozent höher eintraten. Ferner für Ostbahn-Anteile mit 16 Prozent Besserung. Von Montanwerten gewannen verschiedene Spezialpapiere wie Bismarckhütte wieder 5 Prozent. Auch Mannesmann und Höpner waren um 5 Prozent, gebelert. Karlsruher gleichfalls anziehend. Von Elektrizitätswerten hatten nur A. G. eine Steigerung zu verzeichnen. Amerikanische Werte und Deutsche Liebersee-Elektrik erlitten eine kräftige Steigerung. Auch zeigte Augsburg-Würzburger Maschinen und Paimler eine bemerkenswerte gute Haltung. Schantungswerte begannen einer lebhaften Nachfrage und gewannen mehr als 4 Prozent. Dagegen gab es Orientbahn 25 Prozent nach. Nach Erledigung der ersten Anträge lenkte der Verkehr in ruhigeren Bahnen bei teilweise leichter Abschwächung ein. Der Anlagemarkt war ruhig und gut besetzt. Devisen- und ungarische Renten waren eher etwas fester.

Berliner Kursnotierungen.

Table with columns for 4. Okt. 6. Okt. and various stock prices including Schantung, Ostbahn, etc.

Devisenmarkt: Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for 4. Okt. 1919 and 6. Okt. 1919, listing exchange rates for various countries like Holland, Belgien, etc.

Der englische Petroleumexport nach jeglichem Stimmungsort ist verboten, ausgenommen mit Sonderbewilligung.

Für die Hopfenausfuhr nach Deutschland werden von der Prager Regierung vorläufig 500 000 Gramm Hopfen freigegeben werden.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Auf Grund land- und funktelographischer Beobachtungen vom Montag, 6. Oktober 1919, 8 Uhr morgens (M. G. Z.).

Table with columns for Ort, Lufttemp., Wind, etc., listing weather conditions for various locations like Karlsruhe, Mannheim, etc.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (77° vom Mittelmeer, Seehöhe 127 m)

Table with columns for Lufttemp., Wind, etc., listing weather observations for specific locations like Karlsruhe, Seehöhe 127 m.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Hoher Druck mit einem Kerne über Westrußland, bei leichter südlicher Auffrischung überall trockenes mildes Herbstwetter eingetreten. Niederschlag in den frühen Morgenstunden. Helberg (Schwarzwald) übergenörmliche Sicht bei 10° Wärme, während die Nebenebene nur wenig wärmer ist (12°). Druckgebiete ziehen nördlich Schottlands und scheinend über Südrussland vorüber, wo Regen fiel, ohne aber unsere Witterung beeinträchtigen zu können.

Wetterausblick in Baden bis Dienstag, 7. Oktober 1919, nachts: Weiß heiter, nur Nebel im Rheintal, trocken, am Tage für die Nacht warm.

Rhein-Wassersstände, morgens 6 Uhr:

Table with columns for Ort, Wasserstand, etc., listing water levels for various locations like Karlsruhe, Mannheim, etc.

MAGGI Würze wieder überall käuflich! Besonders empfohlen in mit Originalverschluß versehenen großen Flaschen zu M. 8.50. — Man achte darauf, daß der Originalverschluß unversehrt ist.

Kaufgesuche: Klavier, Bettfedern, Porzellan-Defen, Kinderlegwagen, Gesucht zu kaufen, 3 Holzstische, Auskuefer-Waage.

Quedfilber, Hobbau-Exigton, Möbel, abgelegte Kleider, An- und Verkauf gebr. Güde, H. Weiner, Altertümer.

Kaufe alt. Eisen, Metall, Pumpen, hohe Preise, Ausgestümmte Frauenhaare, With. Hager, Gebisse, Brennapparatze u. aller Schmuck, Alte Gebisse.

Jeden Abend Kabarett-Vorstellung Flieder Hasselnuß mit Geschwister, Ständig Programmwechsel, Emil Röderer, Konditormeister, Kaufe u. Verkäufe, Weintraub's.

Besonders vorteilhaft! Wollene Strick-Jacken, Elegante wollene Blusen, Elegante Crepe de chine-Blusen, Wunderbare Kleider in Seide u. Wollstoff, sehr preiswert, Große Ausstellungsräume, Besichtigung ohne Kaufzwang, Blusenhaus Weiss.

221 Kaiserstraße 221 Erste Etage.

Alt-Metalle: Kupfer, Messing, Rotguß, Zink, Blei, Altheisen, alle Sorten Lumpen und Felle, M. Kleinberger, Händler erhalten Vorzugspreise.

Zelle: alle Art. Lumpen, Kupfer, Messing, Eisen, etc.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.

Altertümer: Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickeren, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken sucht fortwährend zu kaufen, Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233, Telefon 1154.